Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 37 (1945)

Heft: 9

Artikel: Die Werktätigen und der politische Aussendienst

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353212

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 9 September 1945 37. Jahrgang

Die Werktätigen und der politische Aussendienst.

Schon seit längerer Zeit beschäftigen sich der Schweiz. Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz mit den Problemen des politischen Aussendienstes, d. h. mit der Organisation des an dieser Frage interessierten Volkswirtschaftsdepartements, des Politischen Departements und des Konsularwesen. Diese Probleme erhalten neuerdings eine ganz besondere Aktualität durch das nunmehr eingetretene Ende des zweiten Weltkrieges, die damit beginnende neue wirtschaftliche Gestaltung der Welt, die insbesondere seitens der USA. bereits energisch betrieben wird, endlich durch den Sieg der britischen Arbeiterpartei, die auf dem Gebiet der Umstellung des politischen Aussendienstes auf das Wirtschaftliche sehr weitgehende Pläne hat, die in der nachstehend wiedergegebenen Denkschrift dargelegt sind.

Noch während des Krieges, im Frühjahr 1945, ist diese Denkschrift vom Schweiz. Gewerkschaftsbund ausgearbeitet und gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei fertiggestellt und am 30. Juni dem Bundesrat mit der Bitte « um baldige Stellungnahme » unterbreitet worden, « da die aussenpolitische Krise, in der sich die Schweiz seit einiger Zeit befindet, durch den Personenwechsel im Politischen Departement nicht behoben worden ist ». Die gründliche Reorganisation und der Ausbau unseres Aussendienstes ist auch heute noch nicht an die Hand genommen worden, wo z. B. die von den USA. in Aussicht genommenen Sozial- und Arbeitsattachés — auch in der Schweiz! — bereits in Wirksamkeit stehen, Delegationen der USA. zur Ausgestaltung des wirtschaftlichen Aussendienstes die ganze Welt bereisen und der jetzige britische Aussenminister Bevin die gerade von ihm seinerzeit befürwortete Reorganisation des britischen politischen Aussendienstes in einer

seiner ersten Kundgebungen ganz besonders unterstrichen hat. Was in der nachstehenden Denkschrift steht und vorgeschlagen wird, ist in den massgebenden Ländern der Vereinten Nationen bereits in Verwirklichung begriffen!

Die Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

Wie sich das Problem stellt.

Wenn man das Problem des politischen Aussendienstes behandelt, muss man sich darüber klar sein, dass die Zeiten jener Aussenpolitik vorbei sind, die sich vorwiegend auf die Pflege und Aufrechterhaltung der sogenannten «diplomatischen Beziehungen» im formaljuristischen Rahmen beschränkte. Ferner hat man in Betracht zu ziehen, dass heute Aussenpolitik und Innenpolitik institutionell in jenem Sektor nicht mehr scharf auseinandergehalten werden können, der schon heute den grössten Teil der Aussenpolitik ausmacht: in der Wirtschaftspolitik.

Dass dem so ist, ist nicht nur auf die Zwangsläufigkeiten der Kriegszeit zurückzuführen. Schon lange vorher sind entscheidende grundsätzliche Aenderungen eingetreten, weshalb denn auch keine grossen Hoffnungen auf eine Rückgängigmachung der eingetretenen Entwicklung gesetzt werden dürfen. Der heutige Staat ist schon lange ein Anachronismus; seine Form entspricht schon lange nicht mehr seinem Inhalt. Dass diese Tatsache nicht genügend berücksichtigt worden ist, hat ohne Zweifel einen grossen Teil der Fehlentwicklungen und Wehen unserer Zeit verursacht.

Faschismus und Nationalsozialismus hatten ihren Erfolg, bevor sie sich demaskiert haben und der rein reaktionäre Grundcharakter ihrer Politik und ihrer Ziele in Erscheinung getreten ist, hauptsächlich dem Umstand zu verdanken, dass die modernen Demokratien die oben angedeuteten Entwicklungen samt der sog. «antikapitalistischen Sehnsucht» breitester Volksmassen glaubten übersehen zu können, dass sie es nicht rechtzeitig und frühzeitig genug verstanden haben, die nahezu völlig wirtschaftlich gewordenen Aufgaben des Staates zu erfassen. Wohl hat man da und dort den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen versucht. In Weimar-Deutschland hat es z. B. einen Reichswirtschaftsrat gegeben, der allerdings im ebenfalls primär politisch aufgezogenen Staat natürlich das fünfte Rad am Wagen werden musste. Andernorts hat man Wirtschaftskommissionen eingesetzt, die Forderung des Wirtschaftsparlamentes erhoben usw. Eine befriedigende Lösung ist noch nicht gefunden worden. Dieser Umstand behindert gesunde und unaufschiebbare Entscheidungen und Beschlüsse in einer Zeit, wo keine Zeit zu verlieren ist. Wenn die modernen Demokratien glauben, nunmehr nach Beendigung dieses Krieges wieder zu ihrer früheren Politik zurückkehren und wirtschaftliche Aufgaben neuerdings rein politisch oder überhaupt nicht lösen zu können, so werden neue Gefahren nicht ausbleiben und äusserst gefährliche Folgen haben.

Inmitten einer Welt, die auf Grund starker neuer politischer Impulse und wirtschaftlicher Erfordernisse in mancher Hinsicht im Begriffe ist, nunmehr sogar ins andere Extrem, jenes allzu starrer Bindungen, zu fallen, hat die geistig und materiell intakt gebliebene Schweiz die grosse Aufgabe, das demokratische Erbe und den vernünftigen Ausgleich zwischen Politik und Wirtschaft zu sichern und gleichzeitig jene Anpassungen an neue Notwendigkeiten vorzunehmen, die in einer Welt unumgänglich sind, wo Politik und Wirtschaft immer mehr zu einem Begriff werden und die Wirtschaft durch die Macht der Umstände immer mehr eine gebundene Wirtschaft wird.

Wir dürfen uns keinen Täuschungen hingeben, wenn wir hören, dass Churchill sagt, England müsse nunmehr nach dem Kriege «auf dem Hauptmast des Schiffes wiederum die Flagge des freien Unternehmertums hissen», oder wenn uns Stimmen aus den USA. berichten, dass der «unbehinderte Welthandel» wieder zum Gesetz der kommenden Zeit werden und die legendäre «freie Bahn für den Tüchtigen» ausschliesslich zu Ehren kommen müsse.

Diese Initiativen und dieser «Dynamismus» sollen, so wird gleichzeitig ebenso deutlich gesagt und durch zahlreiche sehr massive Pläne bekräftigt, im Rahmen einer auf weite Sicht und in weitem Rahmen gedachten straffen Wirtschafts- und Währungspolitik wirksam werden. Die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens ergibt sich schon aus dem Umstand, dass die Grossmächte gegenseitig stark verschuldet sind und einer der wichtigsten zukünftigen Partner der Weltwirtschaft, die UdSSR., immer und überall nicht die Flagge des freien Unternehmertums gehisst haben wird, sondern die Flagge einer bis auf das letzte Ziel ausgerichteten und gleichgerichteten staatlichen Handelspolitik. Endlich muss in Rechnung gesetzt werden, dass es die feste Absicht der Alliierten ist, die ganze deutsche Industrie in einen festen Plan der Bewirtschaftung einzuspannen und sich ähnliche Entwicklungen in verschiedenen von den Alliierten besetzten Ländern abzeichnen: Amgot in Italien, neue Wirtschaftspolitik in Frankreich, verschärfte Ottawa-Politik im Rahmen des britischen Weltreichs, Durchdringung Südamerikas und Chinas durch die USA., Einbeziehung des nahen Ostens in den Wirtschaftsbereich der UdSSR. usw.

Es sind deshalb nicht die frommen Wünsche auf die ausschliessliche Wiedereinsetzung früherer privater und individueller Geschicklichkeit und Initiative, die bei unseren zukünftigen Beziehungen in einer veränderten Welt den Ausschlag geben können, sondern wir müssen innen- und aussenpolitisch und vor allem binnen- und aussenwirtschaftlich die oben angedeuteten koordi-

nierten Bestrebungen der führenden Staaten in Rechnung setzen und sie im Rahmen unserer Eigenart berücksichtigen.

Erste Aufgabe ist, zu untersuchen, wie sich das Problem der Umstellung von vorwiegend politischen zu vorwiegend wirtschaftlichen Aufgaben in den andern hauptsächlich in Betracht kommenden demokratischen Staaten stellt und wie es gemeistert wird. Eine solche Untersuchung kann uns zeigen, in welcher Richtung Reformen bei uns unter weitestgehender Wahrung unserer Art gehen können und sollen.

Ausländische Vorbilder.

In England

sind bis in die allerletzte Zeit hinein die auswärtigen Angelegenheiten und das Aussenministerium als eine von den übrigen Departementen gesonderte und abgesonderte Angelegenheit betrachtet worden. «Ob dies», so sagte kürzlich ein konservatives Oberhausmitglied, «je wünschenswert war oder nicht, möchte ich nicht entscheiden, hingegen bin ich vollständig sicher, dass diese Methode beim gegenwärtigen Stand der Dinge und der zukünftigen Entwicklung in keiner Weise wünschenswert ist.»

Die zur Zeit in England vor sich gehenden Umstellungen scheinen auf eine weitgehende Koordinierung der Arbeit aller Departemente hinauszulaufen. In diesem Sinne soll allermindestens dem bis jetzt völlig isolierten Aussenministerium eine starke wirtschaftliche Abteilung angegliedert werden, in der alle Departemente und Instanzen permanent vertreten sind oder zu der sie jederzeit die Möglichkeit des Kontaktes und der Einflussnahme haben. Die Tendenz ist so stark, dass heute sogar die klassische örtliche Absonderung des Aussenministeriums in einem besondern Sitz als lästig bezeichnet und in Frage gestellt wird. Wir illustrieren diese Entwicklung nachstehend durch die Wiedergabe verschiedener Erwägungen, die in den verschiedensten Zusammenhängen bei der Behandlung dieses Problems im Parlament gemacht worden sind:

«Eine viel weitergehende Koordinierung der auswärtigen Angelegenheiten der verschiedenen technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Departemente und Instanzen ist nötig, um das Aussenministerium in die Lage zu versetzen, eine starke und wirksame Aussenpolitik zu formulieren, nachdem es insbesondere die wirtschaftlichen und finanziellen In-

teressen in Rechnung gesetzt hat.» — «Die auf dem Gebiete der Rekrutierung und Ausbildung des Stabes des auswärtigen Dienstes zu ergreifenden Reformen werden in angemessener Zeit die Gewähr geben, dass alle Mitglieder dieses Dienstzweiges eine kaufmännische Einstellung erhalten.» Es wird die Einstellung fachkundiger Kräfte in die geplante Wirtschaftsabteilung des Aussenministeriums in Aussicht genommen, wobei Leute aus dem Finanzministerium, der Abteilung für Ueberseehandel, der Bank von England und «den grossen wirtschaftlichen Organisationen» herbeigezogen werden sollen.

«Der Aussenminister könnte seine Arbeit viel besser verrichten, wenn er in seinem eigenen Ministerium Leute zur Hand hätte, die ihn fachmännisch in wirtschaftlichen sowie Fragen des Handels usw. beraten und ihn in jenen Schritten auf diesem Gebiete unterstützen könnten, die er im Auslande zu unternehmen hat...» — «Wir betrachten es als die wichtigste Frage, dazu zu sehen, dass der Staatsdienst nicht die Leute abschreckt, sondern ihn in einer Weise anziehend macht, dass er als ein Betätigungsfeld für fachkundige Männer und Frauen aller Gesellschaftsschichten erscheint.» — «Schon vor dem Kriege waren unsere internationalen Beziehungen nicht so sehr abhängig von der reinen Aussenpolitik, sondern vor allem von wirtschaftlichen, industriellen und finanziellen Fragen. Es ist durchaus klar, dass, wenn wir fortschrittlich sein wollen, wir unserem Aussenministerium irgendeine Abteilung angliedern müssen, die sich mit internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen befasst.»

In der Erkenntnis obiger Entwicklungstendenzen hat sich der Britische Gewerkschaftsbund schon lange vor dem Kriege für den engsten Kontakt der einzelnen Ministerien mit der gewerkschaftlichen Landeszentrale oder den in Frage kommenden Berufsverbänden eingesetzt, wobei schon damals zum Ausdruck kam, dass die Behandlung wirtschaftlicher Fragen vor allem auch eine Angelegenheit der Aussenpolitik des britischen Aussendienstes ist. Was die Form der Einvernahme der Gewerkschaften und der Zusammenarbeit mit ihnen betrifft, so befasste sich insbesondere der britische Gewerkschaftskongress des Jahres 1928 in Swansea mit diesem Problem. Der Gewerkschaftsbund brachte zum Ausdruck, dass die Arbeiterbewegung als wichtiger Sektor der nationalen Gemeinschaft Anspruch darauf erhebt, in allen Kommissionen und Komitees, bei allen Besprechungen und Verhandlungen vertreten zu sein, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befassen. Die Vertretung soll, so wurde verlangt, in der

Weise erfolgen, dass die Exekutive des Gewerkschaftsbundes eingeladen wird, Listen von Vertretern einzusenden, aus denen der in Frage kommende Minister seine Wahl treffen kann. Die auf diese Weise ernannten Vertreter sollen nicht als Vertreter der Exekutive des Gewerkschaftsbundes betrachtet werden, die durch Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes in jeder Einzelheit gebunden sind, sondern sie sollen je nach den Umständen eine freie Hand haben, wobei sie natürlich die allgemeine Politik des Gewerkschaftsbundes nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wird ein Komitee oder eine Instanz ernannt, die sich mit den besondern Fragen einer speziellen Industrie befasst, so soll sich laut Beschluss des Kongresses von Swansea der in Frage kommende Minister direkt an diesen Verband wenden und ihn um die Ernennung von Vertretern bitten.

Zu Beginn des Krieges sind im Sinne dieser Politik, die schon vorher weitgehend Eingang gefunden hat, alle Minister vom Ministerpräsidenten erneut aufgefordert worden, den Gewerkschaftsbund oder die in Frage kommenden Verbände in Angelegenheiten, die sie speziell interessieren, einzuvernehmen. Auch Churchill hat sich bei seinem Amtsantritt auf diesen Boden gestellt, und die Zusammenarbeit hat sich alles in allem bewährt.

Noch in ihrer im November vergangenen Jahres abgehaltenen Sitzung hat die Exekutive des Gewerkschaftsbundes die angeschlossenen Verbände an den oben geschilderten Modus erinnert und sie aufgefordert, darauf zu sehen, dass, bevor Funktionäre irgendwelche Vertretungen in irgendwelcher Regierungskommission oder Instanz annehmen, die erwähnten Schritte und Einvernahmen stattgefunden haben.

In diesem Sinne haben die Gewerkschaften in zahlreichen sehr wichtigen Kommissionen und Instanzen Vertretungen erhalten. Nachstehend geben wir einige der wichtigsten Beispiele wieder:

Im Beratenden Ausschuss für die nationale Produktion, der Probleme behandelt, die sich ergeben aus der örtlichen Lage von Industrien, der industriellen Publizität, der Umgestaltung von Fabrikationsverfahren, der Brennstoff- und Wasserversorgung, dem Bau von Fabriken in Distrikten, die sich dafür eignen und gefördert werden sollen, der Verteilung der Ferien, der Organisierung des Arbeitsnachweises usw. ist der Gewerkschaftsbund mit 6 Delegierten vertreten. Dazu kommen je 3 Vertreter der beiden grossen Unternehmerorganisationen und 11 Vizevorsitzende regionaler Aemter, von denen 5 Gewerkschafter sind. Der Vorsitzende der Kommission, der Produktionsminister, hat verschiedene Male in der Exekutive des Gewerkschaftsbundes über wichtige wirtschaftliche und industrielle Umstellungen usw. Vortrag gehalten. Ein Departement, das sich ausschliesslich mit Aenderungen in der wirtschaftlichen Produktion befasst, besonders auch im Hinblick auf Konflikte in der Industrie infolge mangelnder

Aufklärung über Produktionsumgestaltungen, unterrichtet regelmässig die Leitungen der wichtigsten Verbände über die in Frage kommenden Massnahmen. In der Flugzeugindustrie besteht in paritätischen Produktionskomitees eine enge Zusammenarbeit zwischen den einschlägigen Firmen und den zuständigen Gewerkschaften. In einer einzigen Konferenz sind von seiten der Arbeiter nicht weniger als 200 vorgängig schriftlich unterbreitete Fragen aus über 70 paritätischen Produktionskomitees einzelner Firmen besprochen worden. Allein in der Maschinenindustrie und verwandten Gewerben gibt es insgesamt 4500 paritätische Produktionskomitees, wovon 1600 in Unternehmen, die weniger als 150 Arbeiter beschäftigen. In den einzelnen Distrikten sind insgesamt 82 paritätische Distriktsproduktionskomitees vorhanden.

Auf dem Gebiete des Submissionsverfahrens, das natürlich durch den Krieg eine grosse Bedeutung erhalten hat, ist vom Gewerkschaftsbund zum Ausdruck gebracht worden, dass natürlich der Abschluss von Kontrakten weiterhin zentral bei der Regierung erfolgen soll, hingegen sollen regionale Aemter eingehend über den Abschluss von Verträgen auf dem laufenden gehalten werden, und es sollen keine Arbeiten vergeben werden, solange nicht Einwände der regionalen Aemter zentral einheitlich geprüft worden sind. Auf diesem Gebiet wie in Fragen der nationalen Produktion im allgemeinen sollen «die Gewerkschaften voll ins Vertrauen gezogen werden».

Im Rahmen des Arbeitsministeriums ist ein paritätisches beratendes Komitee wirksam, in dem die Gewerkschaften durch 7 Delegierte vertreten sind und das sich bereits seit einiger Zeit intensiv auch mit Nachkriegsfragen befasst.

Ein Komitee des Gewerkschaftsbundes für Rationierungsfragen und Preispolitik arbeitet beratend mit dem Ernährungsministerium zusammen. Als im Jahre 1943/44 schwerwiegende Rationierungsmassnahmen auf dem Bekleidungssektor durchgeführt werden mussten, fanden verschiedene vertrauliche Besprechungen mit dem Handelsministerium statt. Schon heute werden in diesem Rahmen sehr intensiv die Ernährungs- und Preisprobleme der Zeit nach dem Kriege behandelt.

Ein paritätisches Wiederaufbaukomitee, das vom Wiederaufbauminister präsidiert wird, hat die Aufgabe, «einen gegenseitigen Meinungsaustausch zwischen Vertretern der Arbeiter und der Industrie sowie dem Ministerium zu pflegen in wichtigen Fragen der allgemeinen Politik, wie sie sich aus dem Wiederaufbau nach dem Kriege ergeben». Abgesehen von dieser Zusammenarbeit ist der Gewerkschaftsbund befugt, «besondere Probleme direkt mit dem zuständigen Minister zu behandeln».

Auf Ersuchen des Handelsministeriums hat schon im

Jahre 1944 eine Besprechung mit dem Wirtschaftskomitee des Gewerkschaftsbundes stattgefunden, anlässlich welcher lebenswichtige Fragen für die Zeit nach dem Kriege behandelt worden sind, so die Probleme der wirtschaftlichen Umstellungen nach dem Kriege sowie jene auf dem Gebiete des Aussenhandels. Der Handelsminister richtete in diesem Zusammenhang einen Brief an die Unternehmerorganisationen, der sich mit den Schwierigkeiten in der Herbeiführung der Vollbeschäftigung befasst, ferner mit den voraussichtlichen Verhältnissen auf dem Gebiete der Finanzierung der Wirtschaft, der Herstellung neuer Warentypen nach dem Kriege usw.

Dieser Brief enthält einen Abschnitt, in dem ausdrücklich gesagt wird, dass sich der Handelsminister auch mit den Gewerkschaften ins Einvernehmen setzen werde, bevor entscheidende Diskussionen über diese Fragen stattfinden. In diesem Sinn hat sich der Gewerkschaftsbund auch mit seinen Verbänden in Verbindung gesetzt.

In einer Zusammenkunft mit dem Handelsminister setzte sich der Gewerkschaftsbund für einen noch engeren Kontakt ein in der Behandlung von Nachkriegsfragen. Der Handelsminister ging sofort auf diesen Vorschlag ein, und die Exekutive des Gewerkschaftsbundes befasste sich mit der Angelegenheit, wobei drei Möglichkeiten in Aussicht genommen worden sind: 1. Eine Erweiterung der Befugnisse des Rationierungs- und Preiskomitees, das sich mit allen Wiederaufbaufragen beschäftigen soll, die sich aus der Wirksamkeit des Handelsministeriums in Wiederaufbaufragen ergeben können. 2. Aufrechterhaltung des Kontaktes mit dem Handelsministerium und allen andern Regierungsdepartementen über das bereits bestehende Paritätische Wiederaufbaukomitee. 3. Regelmässig und oft abzuhaltende Sitzungen des Wirtschaftskomitees des Gewerkschaftsbundes mit dem Handelsminister, bzw. die Errichtung eines Komitees des Gewerkschaftsbundes, das sich aus Mitgliedern der Wirtschaftsabteilung des Gewerkschaftsbundes zusammensetzen soll, die regelmässig mit dem Handelsminister über Wiederaufbaufragen zu verhandeln hätten. Schlussendlich ist der letztern Möglichkeit der Vorzug gegeben worden, so dass in Zukunft ungefähr alle zwei Monate Sitzungen zwischen dem Wirtschaftskomitee des Gewerkschaftsbundes und dem Handelsminister stattfinden werden.

In diesem Zusammenhang mag noch erwähnt werden, dass im Jahre 1944 eine Delegation amerikanischer Arbeiter 26 Industriezentren Englands besuchte und in Kontakt mit britischen Gewerkschaftsfunktionären die Industrien dieser Zentren eingehend studierte. Am Schluss der Studienfahrt gaben die amerikanischen Arbeiter der Meinung Ausdruck, dass ein solcher gegenseitiger

offizieller Austausch von Arbeiterdelegationen zwischen den beiden Ländern für die Arbeit und die Produktion Englands und der USA. «von unschätzbarem Wert sein könnten, insbesondere im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Beziehungen nach dem Kriege».

Als sich der Gewerkschaftsbund im Jahre 1944 schriftlich in der Frage der Demobilisierung nach dem Kriege an den Ministerpräsidenten wandte, teilte Churchill mit, dass «er zum Prinzip der Einvernahme der Gewerkschaften stehe und eine Zusammenarbeit noch nie notwendiger gewesen sei».

Auch in dem Schreiben, das Ministerpräsident Churchill an den im Februar dieses Jahres in London abgehaltenen Weltgewerkschaftskongress richtete, wird ausdrücklich unterstrichen, dass die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaften «auch in den kommenden Jahren nicht weniger wichtig sei». Churchill fügte bei, er sei überzeugt, dass die gleichen hohen Auffassungen auch in den andern auf der Konferenz vertretenen Ländern Geltung haben und haben werden.

Dass die Zeit des Liberalismus in England auch nach diesem Krieg vorbei sein wird, zeigt insbesondere das zur Zeit in Behandlung stehende «Gesetz über die Verteilung der Industrien», das die Regierung in der Nachkriegszeit in die Lage versetzen soll, für eine richtige Verteilung der verschiedenen Wirtschaftszweige über das ganze Land zu sorgen, wobei «darauf geachtet werden soll, die industrielle und soziale Entwicklung in Gebieten zu fördern, in denen eine spezielle Gefahr der Arbeitslosigkeit besteht». In diesem Sinne gibt das Gesetz der Regierung sehr weitgehende Befugnisse, so auf dem Gebiete des Ankaufs von Land und Gebäulichkeiten, der Errichtung von Fabriken, der Gewährung von Anleihen an Unternehmen, die nicht für Gewinn arbeiten usw.

In seiner Rede auf dem Welt-Gewerkschaftskongress fasste Arbeitsminister Bevin die oben dargelegten Tendenzen im Namen der Gewerkschaften in die Worte zusammen: «Wir haben die Methode, auf Grund deren wir lediglich um Vernehmlassungen gebeten worden sind, weit hinter uns gelassen und einen Punkt erreicht, wo nahezu nichts mehr geschehen kann, ohne dass wir direkt befragt werden. Dieser Fortschritt ist etwas, auf das wir nicht verzichten dürfen.»

In seinem Nachkriegsprogramm räumt der Britische Gewerkschaftsbund dem Aussenhandel und dem internationalen Handel einen wichtigen Platz ein, insbesondere auch im Hinblick auf die Forderungen auf dem Gebiete der Kapitallenkung, die auch in bezug auf die Kapitalanlagen im Auslande erhoben werden. Es heisst in diesem Zusammenhang im Nachkriegsprogramm des

Britischen Gewerkschaftsbundes wörtlich: «Bei der Prüfung der internationalen Hintergründe der Politik der vollen Beschäftigung wird im diesbezüglichen Weissbuch der Regierung erklärt, die Erreichung eines hohen und regelmässigen Beschäftigungsgrades hänge von einer angemessenen Erweiterung des Ausfuhrhandels ab. Es untersteht wohl keinem Zweifel, dass Grossbritannien nach dem Krieg mehr exportieren muss. Dabei stellt sich vor allem das Problem der Bezahlung der zur Aufrechterhaltung unseres Lebensstandards notwendigen Einfuhren. Dieses Problem kann und darf nicht nur durch Versuche der Erweiterung des Exporthandels und noch weniger auf Grund der traditionellen Methoden einer halsabschneiderischen Konkurrenz gelöst werden. Es verlangt die öffentliche Regelung und Planung unseres ganzen Aussenhandels.»

In einem andern Zusammenhang wird gesagt: «Die Regierung muss sich insbesondere mit der Erhaltung und Erweiterung der Landwirtschaft befassen, was sowohl im Hinblick auf die öffentliche Gesundheit als auch den Aussenhandel von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.»

Was die Heranziehung von Exponenten der Arbeiterschaft im britischen Aussendienst betrifft, so entspricht sie logischerweise der weitgehenden Heranziehung im nationalen Rahmen und im innern Staatsapparat, dessen Kenntnis ja die Grundlage und Voraussetzung dieser Heranziehung zum politischen Aussendienst ist. Es braucht darüber im Falle Englands kein Wort verloren zu werden. Im englischen politischen Aussendienst trifft man Leute aus allen Parteien und Gesellschaftsschichten an, wobei infolge der Möglichkeit des sogenannten gesellschaftlichen Aufstieges durch das Oberhaus und die Erhebung in die Stufe des Adelsstandes ein Unterschied in bezug auf die soziale Herkunft überhaupt nicht mehr festzustellen ist und deshalb auch nicht mehr gemacht wird. Männer aus der Arbeiterschaft werden, trotzdem sie nicht einmal politisch hervortreten — man denke an Sir Walter Citrine, den Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, der keine politischen Funktionen bekleidet —, zu höchsten und allerhöchsten aussenpolitischen Missionen als Gesandte, Presseattachés usw. herangezogen.

In bezug auf die Ernennung von Sozialattachés (Labor Attachés) ist bereits im Jahre 1941 ein Anfang gemacht worden. R. H. Towney, der bekannte Wirtschaftssachverständige und Vorsitzende der Arbeiter-Bildungsvereinigung, wurde damals als Sozialattaché nach Washington gesandt. Ihm folgte später A. MacDonald Gordon, der früher im Arbeitsministerium beschäftigt war und nun seit 1942 Sozialattaché in Washington ist. Soviel uns bekannt ist, gibt es auch Sozialattachés in den britischen Gesandtschaften in Paris, Rom, Brüssel und Stockholm.

Wenn eine Zeit kommen soll, wo auf dem Gebiet internationaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen nicht mehr Anarchie herrscht, sondern die Völker zu ihren Verträgen und Abmachungen stehen, so müssen eben die Vertreter aller Schichten der Bevölkerung beim Abschluss solcher diplomatischer Instrumente und wirtschaftlicher Verträge direkt anwesend sein und ihre direkte Zustimmung oder Ablehnung zur Kenntnis geben können. Nur dann ist Hoffnung vorhanden auf ein geordnetes und rechtlich gesundes Zusammenleben der Völker. Arbeitsminister Bevin hat diesen Punkt in seiner Rede am Welt-Gewerkschaftskongress ganz besonders unterstrichen und in diesem Zusammenhang u. a. gesagt: «Einer der grössten Uebelstände bei der Behandlung auswärtiger und internationaler Abmachungen muss darin gesehen werden, dass solche Fragen in der Vergangenheit ausschliesslich die Angelegenheit von Diplomaten und Königen sowie der Staatsoberhäupter waren. Wenn die Verhandlungen in diesem Rahmen den toten Punkt erreichten, folgte eben einfach der Krieg. Wie jedes nationale Gesetz in jedem Lande national moralisch gestützt werden muss — ohne moralische Stütze kann auch national die Ordnung allein mit der Polizei nicht aufrechterhalten werden —, so muss über internationale Abmachungen, Verträge und Gepflogenheiten eine ähnliche moralische Kraft gesetzt werden, die sagt, was getan und nicht getan werden darf und die dazu sieht, dass das internationale Gesetz und die internationalen Beziehungen auf den höchsten Plan der Integrität und der Einhaltung gegenseitiger Verpflichtungen gestellt werden.»

Wenn man die Verhältnisse in den

Vereinigten Staaten

prüfen will, so muss man verschiedene Tendenzen auseinanderhalten. Die Vereinigten Staaten haben als Land gewaltiger Rohstoffvorkommen und eines äusserst konkurrenzfähigen Industrieapparates einerseits ein grosses Interesse an einer möglichst freien und unbehinderten Weltwirtschaft, anderseits ist die Binnen- und Aussenwirtschaft weitgehend gebunden infolge der politischen und wirtschaftlichen Rolle, die die USA. zum Teil aus eigenen Stücken in diesem Krieg übernommen haben und die ihr zum Teil zwangsläufig durch die Beanspruchung ihres Wirtschaftspotentials seitens der meisten kriegführenden und auf der Seite der Alliierten stehenden Länder während dieses Krieges zugefallen ist.

Man wird deshalb beide Tendenzen, jene der Befreiung

von staatlichen Banden und jene der weitgehenden staatlichen Einflussnahme auf die zukünftige internationale Wirtschaftspolitik berücksichtigen müssen.

Diese beiden Tendenzen kommen schon in schärfster Form im System der Pacht- und Leihhilfe zum Ausdruck, wie es sich im Laufe des Krieges herausgebildet und auf die ganze Welt ausgedehnt hat (England, Frankreich, Russland, China, Türkei, Aegypten, Irak, Iran, Liberien, Saudi-Arabien, Australien, Neuseeland, Chile usw.).

Das Pacht- und Leihsystem hat die Bedeutung einer gewissen behördlichen Bewirtschaftung der Rohstoffe, wobei z. B. in den Abmachungen mit Grossbritannien schon heute sogar dafür gesorgt ist, dass England die auf diese Weise erfolgende Belieferung mit billigen Rohstoffen nicht etwa dazu benützt, im freien Spiel der Kräfte den englischen Export auf Kosten der amerikanischen Ausfuhr zu forcieren oder schon heute im Hinblick auf die Nachkriegszeit auf neue Märkte vorzustossen. Die englische Regierung musste sich deshalb im Zusammenhang mit den Pacht- und Leihlieferungen verpflichten, die englische Ausfuhr nur insoweit aufrechtzuerhalten, als dies unumgänglich notwendig ist zur Kompensierung unentbehrlicher Einfuhren fremder Waren.

Schon heute scheint es sicher, dass das Pacht- und Leihsystem, also eine gewisse internationale Plan- und Zwangswirtschaft, auch nach dem Kriege seine Auswirkungen haben und deshalb alle Länder, die nach dem Krieg wieder auf dem Weltmarkt tätig sein wollen, dies (auch im Hinblick auf die grossen Verschuldungen unter den Vereinten Nationen) nicht mehr in alt hergebrachter Weise vorwiegend über die Privatinitiative werden tun können. Sie werden gezwungen sein, sich auch auf diesem Gebiete insofern über ihre diplomatischen Vertretungen einzuschalten, als der Partner ebenfalls durch politische Abmachungen und Verpflichtungen wirtschaftlich gebunden ist.

Wie sehr die Wirtschaftspolitik in den USA. staatliche Domäne geworden ist, geht aus den verschiedensten offiziellen Erklärungen hervor, so vor allem aus der Denkschrift des Staatsdepartements vom 22. März 1944 über die Prinzipien der amerikanischen Aussenpolitik. Schon im ersten Satz wird gesagt, dass es sich darum handle, «klar die eigenen Interessen zu sehen». Wenn einerseits deutlich gegen Interessensphären, besondere Allianzen usw. Stellung genommen und sogar der Abbau der Zollschranken verlangt wird, heisst es anderseits in dieser Denkschrift in einem Artikel über die «internationalen Finanzen» z. B. ebenso nachdrücklich, dass «ein System der finanziellen Beziehungen eingeführt werden müsse, das gestattet, Rohstoffe so zu produzieren, zu transportieren und zu verarbeiten, dass sie der Befriedigung des Bedarfs

dienen können». Wenn einerseits das «Amt für die Planung der nationalen Hilfsquellen» nicht sehr beliebt war, so wird anderseits die amerikanische Regierung doch nicht um gewisse Planungen herumkommen, die bei der Durchführung jener Versprechungen für die Nachkriegszeit nötig werden, die im Rahmen der «sozialen Sicherheit» gegeben worden sind. Sie werden Massnahmen wirtschaftsstruktureller Natur verlangen, die über die Möglichkeiten und die Tragfähigkeit des althergebrachten liberalen Wirtschaftssystems hinausgehen.

Der Staat schaltet sich deshalb heute schon im ureigensten Interesse selber ein, um jene wirtschaftlichen Hintergründe schaffen zu können, die er zur Verwirklichung seiner sozialen Versprechungen nötig hat und die er nicht dem Zufall des freien wirtschaftlichen Kräftespiels und Wettbewerbes überlassen kann.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das Fünfpunkte-Programm des amerikanischen Staatsdepartements, das sich u. a. folgenden auch für uns Schweizer wichtigen Punkt zum Ziele setzt:

> «Ausdehnung des amerikanischen Aussenhandels über die ganze Welt zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung im eigenen Lande und Einleitung einer Aera der ständigen Produktions- und Verbrauchserhöhung, verbunden mit einer Steigerung des Lebensstandards, zusammen mit allen Vereinten Nationen.»

Was die Formen der erwähnten staatlichen Einflussnahme betrifft, so stellen sie sich in den USA. in bezug auf die Heranziehung und Berücksichtigung der Arbeiterschaft vorläufig noch völlig anders dar, als z. B. in England oder Schweden, wo die Entwicklung ungefähr die gleiche ist.

Immerhin lässt sich sagen, dass sich in den USA. schnelle und grosse Veränderungen vollziehen. Wie sehr der absolute Liberalismus bis vor nicht allzu langer Zeit im ganzen nationalen Wirtschaftsleben verankert war, zeigt die Tatsache, dass sich die Gewerkschaften noch im Jahre 1930 energisch gegen jegliche Sozialversicherung aussprachen, in der sie eine eines freien Amerikaners unwürdige Beschränkung der Freizügigkeit erblickten. Die grosse Krise brachte dann bald darauf den «New Deal», die neue Sozial- und Wirtschaftspolitik Roosevelts. Es kam das Gesetz über die soziale Sicherheit, das für die ganze Sozialpolitik entscheidende Rahmengesetz. Es folgten ferner die grossen planwirtschaftlich gedachten Arbeitsbeschaffungswerke der Regierung, die Bestrebungen zugunsten von Minimallöhnen, eines minimalen Jahreseinkommens und der Vollbeschäftigung, alles Neuerungen, die die engste Zusammenarbeit der Regierung mit den Gewerkschaften zur Voraussetzung haben und in Zukunft noch mehr haben werden. Daneben laufen die Bestrebungen der amerikanischen Gewerk-

schaften zugunsten einer direkten Zusammenarbeit mit den Unternehmern weiter. Sie kommen neuerdings insbesondere zum Ausdruck in der geplanten Errichtung eines gemeinsamen nationalen Komitees der beiden grossen gewerkschaftlichen Landeszentralen, der AFofL. und der CIO., mit den durch die amerikanische Handelskammer vertretenen Unternehmern. Diese Initiativen sind untermauert worden durch einen Briefwechsel zwischen den drei Organisationen und Roosevelt (eine Synthese der Zusammenarbeit einerseits mit der Regierung und anderseits mit der Wirtschaft, die vielleicht auch für die Schweiz Anregungen bieten könnte).

Da die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung noch stark im Rückstand ist und die politische Einflussnahme deshalb noch nicht mit jener in europäischen Ländern verglichen werden kann, sind die soeben erwähnten Formen der Einflussnahme von besonderer Bedeutung. Die Einflussnahme der Gewerkschaften erhält dadurch ein ganz besonderes Gewicht. Schon vor dem Kriege konnte man regelmässig lesen, dass bekannte Führer des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes gebeten worden sind, in Kommissionen des Senats usw. Vortrag zu halten über wichtige wirtschaftliche und politische Angelegenheiten. Die direkte politische Einflussnahme ist nunmehr in neuester Zeit gewaltig gefördert worden durch das von der CIO., der grossen Organisation der Industrie-Organisationen, gegründete «Komitee für politische Aktion», das bei der letzten Wahl Roosevelts einen entscheidenden Einfluss ausübte.

Wie eng die Beziehungen zwischen dem Weissen Haus und den Gewerkschaften sind, geht aus dem auch in der Presse bekanntgewordenen regen Briefwechsel Roosevelts mit dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund hervor. Regelmässig nehmen hohe und höchste Regierungsbeamte an den amerikanischen Gewerkschaftskongressen teil. An den letzten Gewerkschaftskongress hat Roosevelt eine spezielle Botschaft gerichtet, in der er sein grosses Bedauern aussprach, nicht persönlich dem Kongress beiwohnen zu können. General Eisenhower richtete an den letzten Britischen Gewerkschaftskongress eine Botschaft des Dankes für die Anstrengungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Kriegsproduktion. Donald M. Nelsen, der Leiter des Kriegsproduktionsamtes der USA., pflegte anlässlich eines Besuches in England einen ausführlichen Gedankenaustausch mit der Exekutive des Britischen Gewerkschaftsbundes.

Dass auch die USA. bestrebt sind, den politischen Aussendienst unter unorthodoxer Heranziehung der weitesten Kreise auszubauen, zeigt der von Aussenminister Stettinius durchgeführte Plan der Entsendung von Experten durch die ganze Welt zum Studium der Arbeit und Wirksamkeit der amerikanischen Gesandtschaften und Konsulate sowie zum Zwecke der Ausgestaltung und Verbesserung des aussenpolitischen Apparates. Eine Gruppe

wurde für Südamerika, eine andere für Afrika und eine dritte für den mittleren Osten bestimmt. Um möglichst objektive Feststellungen zu gewährleisten, ist hauptsächlich darauf geachtet worden, Fachleute ausserhalb des Staatsapparates mit heranzuziehen.

Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen ist von offizieller Stelle erklärt worden, dass «die Verantwortlichkeiten des Aussendienstes dauernd und in nie dagewesenem Masse zunehmen in einer Zeit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen»: «Dem Aussendienst wird eine objektive Ueberprüfung und Umgestaltung seiner Verwaltung sehr zugute kommen. Im Hinblick auf die Zusammensetzung der Abordnungen kann mit gesunden Empfehlungen gerechnet werden für die bessere Wirksamkeit unseres Aussendienstes, der in erster Linie unsere Regierung im Ausland zu vertreten hat.» Staatssekretär Grew fügte bei, dass der politische Aussendienst «die erste Verteidigungslinie des Landes ist und nichts unterlassen werden darf, um ihn zu stärken. Wir sind überzeugt, dass diese Besuche überwachender Komitees uns in die Lage versetzen werden, die Verhältnisse im Ausland besser zu verstehen und herauszufinden, was unsere Vertretungen und Konsulate nötig haben, um ihre Arbeit besser leisten zu können.»

Auch die Vereinigten Staaten haben bereits zahlreiche Sozialattachés ernannt. Ein Anfang wurde zunächst in den lateinamerikanischen Ländern gemacht, die bekanntlich für die Vereinigten Staaten eine äusserst wichtige wirtschaftliche Rolle spielen. Insgesamt gibt es ungefähr 10 solcher Sozialattachés, so u. a. in Mexiko, Kuba und Bolivien. In den wirtschaftlich führenden Ländern der Welt sollen total ungefähr 30 solcher Attachés eingesetzt werden, von denen 20 bereits ernannt sind. Labor-Attachés wurden der diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten in London, Paris, Rom, Brüssel, Stockholm und Bern beigegeben. Endlich gehört auch dem Stab der amerikanischen Behörden in Deutschland ein Labor-Attaché an. Weitere Sozialattachés sind in Ausbildung begriffen oder bereits unterwegs nach andern Ländern, so nach den Niederlanden, Oesterreich, Polen, Australien, Kairo, Kanada und Südafrika. Alle diese Sozialattachés gehören dem Stab des auswärtigen Dienstes der USA. an. Die Labor-Attachés senden ihre Berichte einer innerhalb des Aussendienstes des Staatsdepartementes gebildeten Abteilung für internationale Sozial-, Arbeiter- und Hygienefragen.

Neuerdings scheint auch die französische Regierung die Absicht zu haben, die Ernennung von Sozialattachés vorzunehmen.

Wenn in diesem Zusammenhang auch die

UdSSR.

erwähnt werden soll, so hauptsächlich deshalb, um daran zu erinnern, dass die Sowjetunion im Gefüge der Weltwirtschaft in Zukunft eine ausschlaggebende Rolle spielen wird, und zwar auf Grund des Aussenhandelsmonopols. «Das Wirtschaftsleben wird», wie es in der Verfassung ausdrücklich heisst, «bestimmt durch den staatlichen Plan der nationalen Wirtschaft im Hinblick auf die Erhöhung des sozialen Reichtums, die fortdauernde Hebung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter, ferner durch die Stärkung der Unabhängigkeit der UdSSR. und ihrer nationalen Verteidigungskraft.» Es wird ausdrücklich gesagt, dass zu den Befugnissen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die höchsten Organe der Staatsverwaltung u. a. auch «der Aussenhandel auf der Grundlage des Staatsmonopols» gehört. Der Rat der Volkskommissäre «sichert die Einheitlichkeit und Leitung» der Wirksamkeit der verschiedenen Volkskommissariate sowie «der andern wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen», für die er zuständig ist. Er «ergreift die Massnahmen auf dem Gebiete der Durchführung des nationalen Wirtschaftsplanes, des Budgets des Staates und für die Festigung des Währungs- und Kreditsystems». Er hat die «allgemeine Leitung inne auf dem Gebiete der Beziehungen mit andern Staaten».

Dies bedeutet, dass der Handel mit Russland, der seinerseits naturgemäss vollständig über seinen politischen Aussendienst geht, auch unserseits weitgehend über den Sektor unseres wirtschaftlichen aussenpolitischen Vorgehens zu laufen hat, und zwar nicht nur gegenüber Russland, sondern auch bei den Ländern, die seinem Einfluss unterstehen oder seine wirtschaftlichen Partner sind. Inwieweit hier die Gewerkschaften eine Rolle spielen können, sowohl von Russland als auch von den Ländern ausserhalb Russlands aus gesehen, lässt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, da die Wirksamkeit der Gewerkschaften in Russland — und anderswo! — vorläufig vorwiegend auf sozialpolitische Kompetenzen interner Natur beschränkt scheint. Immerhin mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass z. B. der russischen Delegation der Konferenz von San Franzisko auch Gewerkschaftsvertreter angehörten und sich Molotow energisch für die allgemeine Vertretung der Gewerkschaften aller Länder an der Konferenz eingesetzt hat. Es ergibt sich daraus, wieviel noch vorgekehrt und wieviel umgelernt werden muss, um der Vertretung der Verbände der Arbeiterschaft das ihr zukommende Gewicht und Mitspracherecht zu gewährleisten. Jene Länder, die in dieser Beziehung am schnellsten den Zug der Zeit begreifen, werden auch die

grössten Vorteile daraus ziehen. Sicherlich kommt man der Klärung dieses Problems nur näher, und zwar in einer für die Demokratien günstigen Weise, wenn die Regierungen der demokratischen Länder ihren Arbeiterorganisationen soviele Entwicklungsmöglichkeiten sowie nationale und aussenpolitische Kompetenzen geben, dass sich die demokratischen Auffassungen in bezug auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeitskraft voll gegenüber den autoritären staatswirtschaftlichen Auffassungen, wie sie gerade Russland vertreten dürfte, geltend machen können.

Schlussfolgerungen auf internationalem Gebiet.

Das Ende des Krieges wird, auch wenn die Allianz der Siegermächte noch so fest begründet scheint, den Beginn entscheidender Auseinandersetzungen zwischen zwei Wirtschaftssystemen bringen: zwischen dem liberalen System der Demokratien und dem staatssozialistischen System der UdSSR. Die UdSSR. wird dabei ihre sicherste Waffe darin erblicken und finden, dass sie versucht, die kapitalistisch-liberale Welt mit ihren eigenen Spielregeln zu schlagen. Die Demokratie kann dabei nur die Oberhand behalten, wenn sie politisch und wirtschaftlich alle Kräfte mobilisiert, die ihr innewohnen, so vor allem auch die Kräfte der Arbeiterbewegung und der freien Gewerkschaften. Wenn der Demokratie dies nicht gelingt oder wenn sie zögert, wird es wahrscheinlich um sie geschehen sein.

Dass dem so ist, zeigt sich am deutlichsten auf dem Gebiet internationaler Bestrebungen und Institutionen, d. h. bei den Entwicklungen in der Richtung auf einen neuen Völkerbund, der Umgestaltung des Internationalen Arbeitsamtes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Es ist kein Zufall, dass in den Beschlüssen von Dumbarton Oaks mit keinem Wort an die grundsätzlichen Wirtschaftsprobleme und Notwendigkeiten gerührt wird, dass das Los des Internationalen Arbeitsamtes durchaus unsicher und die Haltung der UdSSR. gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt durchaus unbestimmt ist.

Das Internationale Arbeitsamt hat in den Kriegsjahren seine Arbeit fortgesetzt. Es fasste gewisse grundsätzliche Umstellungen ins Auge, die die demokratische Behandlung wirtschaftlicher Fragen garantieren und damit jene internationale Wirtschaftsdemokratie herbeiführen könnten, ohne die sich

auch die politische Demokratie in der kommenden Welt nicht wird halten können.

In dieser Beziehung ist die Verlegung des Schwergewichts von ausschliesslich sozialpolitischen auf wirtschaftliche Fragen von besonderer Wichtigkeit. Sie soll sich darin zeigen, dass das Internationale Arbeitsamt zunächst einmal überhaupt wirtschaftliche Kompetenzen erhält und sich darum kümmern kann, dass die Wirtschaft in die Lage kommt, jene materiellen Mittel zu erarbeiten, die die Voraussetzungen für die Erfüllung sozialpolitischer Forderungen und besonders der «sozialen Sicherheit» schaffen können. Dies ist nur möglich, wenn die einzelnen Industrien das geben können, was man von ihnen verlangt und was sich aus ihnen — wenn überhaupt — nur bei einer internationalen Organisation und Zusammenarbeit wird schöpfen lassen.

Wenn die Wirtschaftsdemokratie verwirklicht und damit der demokratische Gedanke sowie die demokratische Staatsauffassung gerettet werden sollen, so müssen sich alle demokratischen Regierungen schleunigst und in entschlossenster Weise mit diesem Problem befassen und seine Lösung an die Hand nehmen.

Die Voraussetzung dazu ist, dass die Wirtschaftsdemokratie zunächst einmal national verwirklicht, dass national die Arbeiterschaft so herangezogen und eingeschaltet wird, um diesen wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen auch international das nötige Gewicht geben zu können, wobei der politische Aussendienst, über den allein die andern nationalen Gegebenheiten festgestellt und internationale Möglichkeiten vorwärts getrieben werden können, besonders auch der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung offen stehen muss und sie dort eingeschaltet werden müssen. Geschieht dies nicht, so kann es nicht ausbleiben, dass andere politische und wirtschaftspolitische Kräfte die Oberhand erhalten und damit auch die politische Demokratie national und international in grösste Gefahren gerät.

Die Demokratien können sich nur festigen und bewähren, wenn Beschlüsse, wie sie vom Welt-Gewerkschaftskongress in London gefasst worden sind, von ihnen mit grösster Beschleunigung durchgeführt und berücksichtigt werden, wenn sie die Periode voll ausnützen, wo solche Beschlüsse noch im Zeichen und unter mannigfacher An-

rufung der Demokratie und Freiheit gefasst werden können.

Mit den Entschliessungen und Anregungen des Welt-Gewerkschaftskongresses ist den demokratischen Ländern eine Möglichkeit gegeben, in freier Zusammenarbeit jene nationale und internationale wirtschaftliche Organisation herbeizuführen, die den Auffassungen demokratischen Zusammenlebens entsprechen und allen weitern Entwicklungen in der Richtung auf autoritäre Systeme einen Riegel schieben kann.

Schlussfolgerungen für die Schweiz.

Der Schweiz fällt im Rahmen der oben dargelegten Entwicklung eine grosse Aufgabe zu, die sie in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften in Angriff nehmen muss, solange es noch Zeit ist. Der erste Schritt dazu ist die Sicherung der politischen Demokratie und die Schaffung der wirtschaftlichen Demokratie im eigenen Lande!

Aus den vorangehenden Kapiteln ist zu erkennen, dass auf Grund der sich geltend machenden neuen politischen und wirtschaftlichen Kräfte eine allgemeine innen- und aussenpolitische Umstellung zu erfolgen hat, wobei vor allem aus dem formalpolitischen und formaldiplomatischen aussenpolitischen Apparat ein wirtschaftsdiplomatischer Apparat werden muss. Das Mass dieser Umstellung darf nicht etwa von unsern Wünschen und unserer weltanschaulichen Einstellung abhängen, sondern es müssen gewisse Zwangsläufigkeiten berücksichtigt werden, die den Kurs zu bestimmen haben. Zu diesen Zwangsläufigkeiten gehört vor allem die Tatsache, dass ein grosser Teil des Volumens des zukünftigen Welthandels staatlich gelenkt sein wird (UdSSR., Verwaltung Deutschlands durch die Alliierten, staatlich geförderte, bzw. organisierte wirtschaftliche Expansionspolitik Englands, der USA., Chinas usw.). Der dadurch auf eine viel breitere Grundlage gestellte und damit verschärfte wirtschaftliche Konkurrenzkampf wird auch von uns eine vermehrte Einschaltung des Staates und den Weg über den Staat erheischen.

Der Erfolg der Schweiz und der kleinen Demokratien im allgemeinen wird dabei in einem hohen Masse davon abhängen, ob es gelingt, eine besonders sinnvolle Verbindung zwischen freier Wirtschaft und staatlicher Lenkung und Hilfe zu finden. Gerade diese sinn-

volle Verbindung kann und muss für uns zu einem entscheidenden Faktor der Ueberlegenheit im internationalen Konkurrenzkampf werden. Gelingt dies nicht, so wird die Entwicklung ihren Gang gehen. Sie kann dann zu einer radikalen Umstellung führen, auch wenn niemand sie will, dem die weitestgehende Freiheit menschlicher Beziehungen und Betätigungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet als das erscheint, was unser selbständiges staatliches Dasein ausmacht und rechtfertigt. Es geht für uns alle darum, die soziale Sicherheit zu gewinnen, ohne politisch und wirtschaftlich das an persönlicher Freiheit zu verlieren, was das Leben lebenswert macht.

Zu diesem Zweck müssen alle eingespannt werden, die diesen Willen haben. Dazu gehören vor allem auch jene, die bis heute nicht zu Wort gekommen sind und die jenen Zuschuss an neuem Blut darstellen können, ohne den sich die Demokratie auf die Dauer nicht bewähren kann. Wir haben gesehen, dass sich Anstrengungen und Absichten in dieser Richtung ausserhalb unserer Grenzen da und dort geltend machen: in England, den USA., Schweden, Frankreich, der UdSSR. usw. Wir möchten diesen Feststellungen noch einige Zeugnisse beifügen, die speziell die Schweiz betreffen und nicht aus den Kreisen der Arbeiterbewegung kommen.

In einem Leitartikel der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 25. März 1945 stellt sich Adolf Keller die Frage, ob Europa «noch eigene aufbauende Kräfte» für die Errichtung einer neuen Welt anzumelden hat. Der Autor zählt neben dem Willen zur nationalen Existenz, den übrigens gerade die schweizerische Arbeiterschaft während dieses Krieges unter Beweis gestellt hat, die «heutige Arbeiterbewegung» zu diesen Kräften. «Hier wird», so heisst es, «wirklich politische und soziale Dynamik verfügbar. Die Arbeiterbewegung hat in stärkstem Masse den Willen zum Aufbau einer neuen Welt. Sie hat einen grenzenlosen Glauben an die unbegrenzten Möglichkeiten der menschlichen Gemeinschaft.»

Im gleichen Sinne und im speziellen Hinblick auf den politischen Aussendienst führt Nationalrat Gut in der «Zürichsee-Zeitung» vom 10. Januar 1945 aus:

> «Ohne heute näher darauf eingehen zu wollen, soll lediglich noch hingewiesen werden auf die wiederholt von sozialdemokratischer Seite gemachte, unseres Erachtens zutreffende Bemerkung, es seien in die Aufklärungsbemühungen, aktiv und passiv gemeint, nicht nur die diplomatischen, sondern alle Kreise einzubeziehen. Es ist klar, dass z. B. ein Schweizer Gewerkschafter beim englischen Kameraden der geeignetere Mann ist, um Verständnis zu erwecken, als ein anderer, der

diesen Kreisen fremd ist. Und immer mehr wird es sich um Aufklärung von Volk zu Volk handeln, nicht nur von Regierung zu Regierung.»

Mit dem letzteren Satz ist der Kern des Problems getroffen. Wenn unter Volk nicht nur ein allmächtiger Staatsapparat und seine Bürokratie gemeint sein soll, so muss das Volk, d. h. es müssen die von ihm in freier politischer und wirtschaftlicher Willensbildung geschaffenen Körperschaften in viel höherem Masse die Träger dieses Staatsapparates werden.

Nur auf diesem Wege können die Aussenpolitik und der politische Aussendienst einen neuen Sinn und Inhalt bekommen, ohne dass dabei im Uebergangsstadium Inkompetenz dem im Wege steht, was gerade geschaffen werden soll: ein wirkungsvollerer, in Haupt und Gliedern erneuter Apparat.

Der erste Schritt muss demnach, wie bereits gesagt, die weitestgehende Heranziehung der Vertretungen der Arbeiterschaft auf dem Boden des innenpolitischen Apparates, in seinen permanenten Körperschaften (Amtsstellen), seinen zur Behandlung einschlägiger Fragen eingesetzten Kommissionen, Komitees usw. sein. Hier, im praktischen Leben, bei der wirtschaftlichen und politischen Willensbildung, sollen sich die Kräfte schulen, bilden und bewähren, die dann in zweiter Stufe im politischen Aussendienst eingesetzt werden und befruchtend wirken können. Dann kommen wir aus der «Krise des Nachwuchses», die nur eine Krise infolge falscher Methoden und nicht infolge Mangels an aufgeweckten Staatsbürgern ist, heraus. Die bessere Methode wird auch die bessern Instanzen, die Umstellung und Neubildung des ganzen Apparates herbeiführen.

Dass die Ausgangslage bei uns genau die gleiche ist wie im Falle der in den vorangehenden Kapiteln behandelten Länder, ist offensichtlich. Auch bei uns muss der Schritt von der Politik zur Wirtschaft und in andern Fällen vielleicht — auch dies mag vorkommen — gerade umgekehrt von der Wirtschaft zur wirkungsvollen Politik gemacht, d. h. es müssen jene gesunden und bewussten Wechselwirkungen erzielt werden, die, wie wir gesehen haben, den aufgeführten neuen Bestrebungen in England und den USA. zugrundeliegen.

Als im Jahre 1917 die Handelsabteilung vom politischen Departement losgelöst und dem Volkswirtschaftsdepartement unterstellt wurde, bedeutete dies nicht etwa eine Vorwegnahme unserer heutigen Forderung der Umstellung auf das Wirtschaftliche, was schon daraus hervorgeht, dass der damalige neue Leiter des Poli-

tischen Departementes die Loslösung begünstigte, weil er sich nicht sehr für wirtschaftliche Fragen interessierte. «Dies geschah», so sagen die «Basler Nachrichten» in einem der Reform des auswärtigen Dienstes gewidmeten Artikel vom 23./24. Dezember 1944,

> «zum Beginn einer Epoche, in der der Begriff ‚Schweizerische Volkswirtschaft' erstrecht im Entstehen war und in der in allen Ländern ein völlig neues Verhältnis von Staat und Wirtschaft hervorging! Mit der vollzogenen Trennung war nicht nur eine Doppelspurigkeit geschaffen, sondern es wurde die Grundlage dafür gelegt, dass es fortan in der Schweiz zweierlei Diplomaten geben sollte, die ‚echten', als die sich nur die Mitglieder des Politischen Departementes betrachteten, und die ‚geduldeten', die Wirtschaftsdiplomaten der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes. Die ‚echten' Diplomaten hielten sich für zu gut, um in gemeine Fragen der Wirtschaft herabgezogen zu werden. Der ganze verhängnisvolle Hochmut gegenüber den wirtschaftlichen Problemen, der künftig ein Merkmal der dortigen Atmosphäre werden sollte, nahm auf dem Eidgenössischen Politischen Departement seinen Anfang. Nur wenige, starke Persönlichkeiten haben sich seinem Einfluss entzogen.
>
> Offiziell wird zwar von beiden Stellen, vom Volkswirtschaftsdepartement aus wie von seiten des Politischen Departementes, immer wieder betont und unterstrichen, wie ausgezeichnet die gegenseitigen Beziehungen seien, wie reibungslos der Verkehr. Inoffiziell hört man das Gegenteil. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der fähige Mann in der Karriere des Wirtschaftsdiplomaten gegenüber dem ‚echten' Diplomaten zurückgesetzt wird. Man betrachtet diesen Dienst als quantité négligeable; die höheren Weihen in die erhabene Kunst der Diplomatie besitzt er nicht. Der sich daraus ergebende Kleinkrieg des Prestiges spielt bis in die Auslandsvertretungen hinein. Solange der Chef der Abteilung für Auswärtiges der Auffassung huldigt, das ihn wirtschaftspolitische Fragen nicht interessieren, wird jener Hochmut der ‚Echten' nie aufhören. Auch hier zeigt es sich, dass Fragen der Methode Ends aller Enden Fragen der Persönlichkeit sind. Wir leben in einem Zeitalter der totalen Politik, in dem der wirtschaftliche Daseinskampf eines Landes ebenso wichtig ist wie sein politischer. Beide Zweige der Auslandvertretung arbeiten an einem Ziel.»

Wir gehen sogar weiter und wagen die Behauptung, dass wir heute und morgen im Zeitalter der «totalen Wirtschaft» leben, dass der wirtschaftliche Daseinskampf wichtiger ist als der politische, dass nicht mehr wie vor und seit hundert Jahren die Politik, sondern die Wirtschaft das Schicksal ist.

Im gleichen Zusammenhang führte Nationalrat Jacquet u. a. aus:

> «Es kann nie darum gehen, unsere Gesandten und Konsuln gleichsam als Handelsreisende des Bundes auftreten zu lassen. Was wir aber wünschen müssen, ist, dass die vorgezeichnete Entwicklung einen Weg nimmt, der den wirtschaftlich geschulten, mit den Verhältnissen zu Hause und in der Fremde vertrauten Diplomaten zum Typ des schweizerischen Diplomaten macht. Was uns nottut, ist die vermehrte Zusammenfassung unserer wirtschaftlichen Anstrengungen im Auslande selbst, und in unserer Hinsicht bringt die Schaffung von Handelsagenturen keinen Fortschritt. Wenn wir uns im Inland eine gewisse Vielfalt und vielleicht auch einen gewissen Leerlauf leisten können, so beeinträchtigt jede Zersplitterung im Ausland den Erfolg. In der Fremde müssen alle im Dienst unseres Landes stehenden Kräfte einen einzigen Stützpunkt bilden, an dessen Spitze der Chef unserer amtlichen Aussenvertretung steht. Wenn ich mir gestatte, dies zu betonen, so fusse ich bestimmt nicht auf theoretischen Erwägungen. Wir dürfen in Fragen der Handelspolitik unbedenklich ausländischen Vorbildern folgen. Führende Grossmächte sind in den letzten Jahren beinahe ausnahmslos dazu übergegangen, den politischen Aussendienst mit dem Wirtschaftsdienst zu verschmelzen. Aber auch kleinere Länder, wie beispielsweise Schweden, haben diesen Weg beschritten, und es ist vielleicht kein Zufall, dass der heutige Aussenminister sowie der Staatssekretär für das Auswärtige dieses Landes beide einst Chefs der Handelsabteilungen gewesen sind.»

Wir ersehen aus diesen Auslassungen, dass sich bei uns das Problem genau gleich stellt, wie wir es im Falle Englands in allen Einzelheiten dargelegt haben und dass in England die praktischen Schritte der Wechselwirkungen und Verbindungen zwischen dem politischen Aussendienst, dem Wirtschaftsdienst und andern einschlägigen Departementen, über die wir in der Schweiz vorläufig im Nationalrat, in der Presse usw. lediglich reden und schreiben, bereits energisch in Angriff genommen worden sind.

Es muss in unserem Lande sofort auf Grund der in andern Ländern angebahnten oder bereits gemachten Erfahrungen sowie unter Berücksichtigung der schweizerischen Sonderverhältnisse untersucht werden, welche Aenderungen am Apparat vorzunehmen sind, d. h. wie bei uns der politische Aussendienst mit dem Wirtschaftsdienst in Verbindung und Wechselwirkung gebracht werden kann. Dies gilt besonders auch für die Konsulate, wobei darauf zu achten ist, dass die Inhaber nicht lediglich kaufmännisch, sondern vor allem auch volkswirtschaftlich, sozialpolitisch und kulturell auf der Höhe sind. Es muss geschehen in Zusammenarbeit mit jenen neuen Elementen, die in diesem mit neuen Formen und neuem Inhalt auszustattenden Apparat herangezogen werden sollen, d. h. in Verbindung mit «allen Kreisen der Bevölkerung», die auch im englischen Beispiel angesprochen und einbezogen werden.

Die neue Methode muss, wie bereits angedeutet, davon ausgehen, dass der Nachdruck auf die Heranziehung von Leuten gelegt wird, die aus der Praxis kommen und sich in der Praxis bereits bewährt haben, und zwar nicht nur auf einem Spezialgebiet, sondern als Persönlichkeiten, als Menschen, die die nötige innere und äussere Kultur und dazu einen klaren Ueberblick über die politische, wirtschaftliche und soziale Gesamtentwicklung haben.

In diesem Falle wird es sich meistens um Anwärter handeln, die nicht speziell auf ihre Fähigkeiten geprüft werden müssen, da sie ihr Können in Wirtschaft und Politik bereits unter Beweis gestellt haben und sofort sowie direkt in führende Posten eingesetzt werden können.

Daneben muss natürlich die Möglichkeit bestehen, ein Kader auf dem Verwaltungswege von unten herauf heranzubilden. Auch hier soll jedoch die Gepflogenheit aufgegeben werden, ausschliesslich auf Schulbildung und akademische Grade abzustellen. Insbesondere soll vermieden werden, allzu ausschliesslich unter jungen Juristen Ausschau zu halten, anstatt je nach dem Grad der mit grossem allgemeinem Wissen verbundenen Spezialkenntnisse auch Historiker, Nationalökonomen usw. einzubeziehen.

Die Bevorzugung von einseitig eingestellten Juristen hat bis heute vielfach zur Folge gehabt, dass sehr viele schweizerische Diplomaten, wenn sie sich bemühen, die Vorgänge in der internationalen Politik zu verstehen und sich darüber auszulassen, über juristische Formulierungen und Begriffe nicht oder nur selten hinauskommen. Es gibt natürlich unter ihnen einige besonders begabte Elemente, die ihr juristisches Wissen nur als Rüstzeug ansehen und darüber hinaus das Bestreben haben, ihren Geist zu kultivieren, ihren Horizont und ihren Erfahrungskreis zu erweitern. Im Interesse der lebendigen Gestaltung des auswärtigen Dienstes

sollte dafür Sorge getragen werden, dass ein grösseres Mass allgemeinen Wissens zu einer wichtigen Voraussetzung der Verwendung im Aussendienst gemacht wird. Diejenigen, die bemüht sind, sich in dieser Richtung zu entwickeln und die wahrscheinlich die produktivsten unter den Diplomaten sind, vermöchten auch auf ihre Kollegen unter Umständen stimulierend einzuwirken.

Was die Rekrutierung unter den jungen Elementen betrifft, die noch keine Beweise der Bewährung geliefert haben, so wird man bei der Auslese ein gewisses, wenn auch nicht ausschlaggebendes Gewicht auf Vorstudien (Universitätsstudien, journalistische Arbeiten usw.) als Voraussetzung für die Aufnahme machen müssen. Man wird dabei unter anderem auch auf Examen und wissenschaftliche Empfehlungen von Professoren abstellen dürfen. Es wird nötig sein, über den Charakter und die Persönlichkeit der Anfänger Näheres in Erfahrung zu bringen, und man wird nicht zuletzt wissen müssen, welche fremden Sprachen die Anwärter so weit beherrschen, dass sie in fremden Ländern ohne Mühe fachlichen und gesellschaftlichen Verkehr pflegen können.

Der Schluss drängt sich auf, dass eine amtliche Stelle nicht hinreicht, um über diese Voraussetzungen Klarheit zu schaffen. Die Bildung einer Art Prüfungskomitees liegt nahe. In fast allen Ländern bestehen solche Komitees. Wie sollte ein solches Komitee zusammengesetzt sein? Natürlich hätten die Leiter der Personalabteilung und der ständige Leiter des Politischen Departementes in ihm Sitz und Stimme, neben ihnen aber vielleicht auch ein pensionierter ehemaliger Gesandter, von dem man weiss, dass er einige Aufgeschlossenheit und Lebhaftigkeit besitzt. Er könnte gewissermassen die Erfahrung vertreten und auf Grund derselben über die rein individuelle menschliche Eignung des Kandidaten einiges aussagen. Dies ist wichtig im Hinblick darauf, dass man nicht erwarten kann, nur Leute zu gewinnen, die weit über dem Durchschnitt stehen. Die Anwärter sollen wohlgesittet sein und gute Manieren haben, was durchaus nicht sagen will, dass sie geschniegelt sein sollten. Dann wären wohl auch zwei oder drei sprachenkundige Professoren und auch je ein Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften heranzuziehen.

Es empfiehlt sich nicht, einen Anwärter einem Kreuzverhör in Gegenwart aller zu unterziehen. Auch psychotechnische Methoden dürften hier weitgehend versagen. Vielmehr sollten die Mitglieder des Komitees mit den Kandidaten in wiederholtem Zusammentreffen gründlich Kontakt nehmen. Das setzt einiges Einfühlungsvermögen voraus. Ihre kurzen Berichte wären dann in der Personalabteilung zu prüfen. Es ist unseres Erachtens unumgänglich und der Zeitpunkt ist jetzt dafür da, in einem solchen Komitee vor allem auch einen Vertreter der Gewerkschaften heranzuziehen. Es darf nicht mehr so sein, dass der Vorort auf diesem Gebiet indirekt, wie es oft geschieht, alle Rechte für sich in Anspruch

nimmt, während in keiner Weise dafür gesorgt ist (ausser etwa über das Medium von Hochschulvorlesungen hinweg), dass Anfänger des diplomatischen Dienstes einigermassen über die Bedeutung der Sozialpolitik in der internationalen Politik Bescheid wissen. Die Anwesenheit eines Gewerkschaftsvertreters in diesem Prüfungskomitee könnte eine Garantie dafür bieten, dass Kandidaten für den auswärtigen Dienst schon von Anfang an über die Weite des Aufgabenkreises vernünftige Auffassungen erhalten und nicht in den Irrtum verfallen, dass Politik auch heute noch ausschliesslich in Salons gemacht wird. Eine Gesandtschaft, die nur Buchgelehrte aufweist, wird des lebendigen Kontaktes verlustig gehen. Man wird auch gut tun, sich zu vergewissern, dass ein gewisser Prozentsatz der Diplomaten zu den lesefreudigen Menschen gehört. Diplomaten, die nie ein Buch in die Hand nehmen, sind meistens sehr schlechte Zuhörer, daher ungenügende Beobachter, und von da an zum uferlosen Schwätzertum ist nur ein kleiner Schritt.

Bei fast allen Gesandtschaften gibt es heute eine Handelsabteilung, der entweder ein vorwiegend durch die Schule des Volkswirtschaftsdepartementes gegangener Beamter vorsteht oder ein Vertreter des Politischen Departementes, der eine Zeitlang im Volkswirtschaftsdepartement gearbeitet hat.

Die idealste Lösung wäre, dass jeder Diplomat eine gewisse Lehrzeit beim Volkswirtschaftsdepartement sowie in einer der Abteilungen des Politischen Departementes absolviert oder wenigstens, wenn das nicht geht, unter einem bewährten Leiter der Handelsabteilung in einem ausländischen Posten dient. Diese Lösung soll im Auge behalten werden, auch wenn sie nicht immer in Reichweite ist und man sich in nächster Zeit noch mit Zwischenlösungen und Kompromissen wird begnügen müssen.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat die Tendenz, bei der Besetzung der wichtigsten Ministerposten heute das ausschlaggebende Wort für sich zu beanspruchen. Es soll in der Tat ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Man muss jedoch auch hier vor Uebertreibungen und Einseitigkeiten warnen. Nicht jeder wirtschaftliche Unterhändler bewährt sich auf jedem Posten gleich gut, nicht jeder Leiter einer Handelsabteilung, selbst wenn er den Rang eines Legationsrates hat, ist nachher den Aufgaben eines Gesandten gewachsen.

Es ist eine bei den Vertretern der Wirtschaft — im Vorort — wie auch im Volkswirtschaftsdepartement beliebte Auffassung, dass nur ihresgleichen die grossen wirtschaftlichen Zusammenhänge erfassen können und, wenn es darauf ankomme, handlungsfähig seien. Man hat sich auch anderswo, nicht nur bei uns, eine Zeitlang von diesen Kreisen viel auf diesem Gebiete vormachen lassen. Meistenorts ist aber heute die Ernüchterung eingetreten, und man traut auch wieder einem gesunden politischen Kopf die

Fähigkeit zu (natürlich auf Grund von ernsthaftem Studium und angestrengter Arbeit) in wirtschaftlichen Problemen als Berater wirken zu können. Minister und Legationsräte sollten schliesslich und endlich Ratgeber und nicht Spezialisten sein. Die Gefahren, die ein auswärtiger Dienst läuft, der allzu eng und am Ende undurchsichtig mit der Wirtschaft verbunden ist, sind offenkundig. Man hat in allen Ländern zwischen den beiden Weltkriegen auf diesem Gebiet einige Ueberraschungen erlebt.

Ist erst einmal die Wechselwirkung und Synthese zwischen Wirtschaft und Politik in der nationalen Politik und Wirtschaft und im nationalen politischen und wirtschaftlichen Apparat erzielt, so werden sich die guten Folgen und Nutzanwendungen für den Aussendienst ganz von selber einstellen. Die Anstrengungen sollen jedoch heute schon auch von seiten des politischen Aussendienstes selber kommen, wobei sich ein Mittelweg finden lassen muss zwischen einer gewissen Spezialisierung auf bestimmte Fragen und Länder und der Ausbildung von Leuten, die sich gerade auf Grund ihrer mannigfachen Erfahrungen auf vielen Gebieten und in möglichst vielen Ländern jene internationale Einstellung aneignen können, die der kommenden Welt immer mehr ihren Stempel aufdrücken wird. Ein Wechsel zwischen der Arbeit im Ausland und der Auswertung dieser Erfahrungen bei kürzeren oder auch längeren Arbeitsaufenthalten im Staatsapparat zu Hause soll so weit gehen, dass sich bei Erreichung eines gewissen allgemeinen Reifegrades auf dem Gebiet internationaler Beziehungen eine abschliessende spezielle und dauernde Beschäftigung in einem einzelnen Lande anschliessen kann, wobei dann auch eine wohlabgewogene Auslese möglich ist und die tüchtigsten Elemente in den wichtigsten Ländern eingesetzt werden können. Tüchtige Kräfte sind vor allem auch in jenen Dienstzweigen in der Schweiz zu belassen, die sich mit internationalen Organisationen, deren Zahl und Wichtigkeit dauernd zunimmt, zu befasse haben (Instanzen und Körperschaften, die sich aus der Wirksamkeit der UNRRA., der Verwaltungsarbeit in Deutschland, dem Wirtschaftsrat und andern Instanzen der neuen internationalen Sicherheitsorganisation ergeben, ferner der internationalen Organisation der Arbeit, des Internationalen Gewerkschaftsbundes usw.).

Bei der Auflockerung des Aussendienstes und seiner weitgehenden Ausdehnung auf rein wirtschaftliche — also auch rein geschäftliche — Gebiete wird sich natürlich immer die wichtige Frage stellen, wo die Grenzen liegen, über die hinaus sich die offizielle Diplomatie nicht mehr binden lassen kann und die die betreffenden Personen nicht so weit hinter sich lassen dürfen, dass beim Verhandlungspartner der Eindruck entsteht, solche Personen handeln aus eigener Machtvollkommenheit oder sie lassen sich zu

Transaktionen und Kontakten verleiten, die von den kompetenten Behörden nicht mehr gedeckt werden können oder ihnen vielleicht sogar als Amtsmissbrauch erscheinen müssen.

Gerade in dieser Hinsicht wird es wichtig sein, sich auf äusserst verantwortungsbewusste Personen verlassen zu können, die sich durch Verpflichtungen gegenüber den Volkskreisen, aus denen sie kommen und die einen grossen Teil der Allgemeinheit verkörpern, einigermassen gebunden fühlen.

Hier könnten ohne Zweifel Presse-, Handels- und Sozialattachés, denen innerhalb des Gefüges der Auslandsvertretungen eine unabhängigere Stellung zukommen soll und im allgemeinen auch vom Partner zugemessen wird, sehr nützliche Arbeit leisten. Presseattachés, die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bildung und entsprechende Beziehungen haben, sind schon deshalb nötig, weil gerade in der Presse wirtschaftliche und sozialpolitische Probleme eine immer grössere Rolle spielen und solche Attachés auch verpflichten, entsprechende Beziehungen zu unterhalten. Wenn je nach Ort und Eignung solche Attachés die verschiedenen Gebiete — Handel, Presse, Sozialpolitik — in einer Person betreuen würden, so könnten in manchen Fällen die oben aufgestellten Anforderungen in bezug auf eine intensive und trotzdem nicht allzu stark gebundene Wirksamkeit noch besser erfüllt werden.

Wenn die Pressestellen im Ausland und im Bundeshaus nicht eine gewisse dem Beruf des Journalismus entsprechende Bewegungsfreiheit erhalten, werden Klagen, wie sie in letzter Zeit erhoben worden sind und insbesondere die allzu verklausulierte oder viel zu späte Information betreffen, nie aufhören und weiterhin zu ernsten Missständen und starkem Missvergnügen der Staatsbürger Anlass geben. Angelegenheiten der Presse, gleichviel, ob es sich um politische, sozialpolitische oder wirtschaftliche Fragen handelt, müssen journalistisch und nicht nach den Regeln der hohen Politik behandelt werden. Deshalb müssen aber auch zu ihrer Behandlung Fachleute herangezogen werden, die das Fingerspitzengefühl haben und ihren Beruf so beherrschen, dass gleichzeitig dem Wunsch nach Information und den höhern Verantwortlichkeiten gegenüber der offiziellen Politik Genüge geleistet wird. Die Presse soll im weitesten Rahmen bedient und unterrichtet werden. Die Berichterstattung soll nicht auf den exklusiven Kreis der akkreditierten Bundeshausjournalisten beschränkt bleiben.

Für die Fühlungnahme mit den Gesandtschaften usw. sollen Stellen und Posten (Legationsräte, Sekretäre) geschaffen werden, die sich mit den einzelnen Ländern speziell befassen und das eingehende Material zweckmässig sichten (auch für die Orientierung der Vertretungen im Ausland).

Eine spezielle Pressestelle im Politischen Departement könnte mit Nutzen zu jener Fühlungnahme zwischen den verschiedenen Departementen und Instanzen beitragen, die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Aussendienstes und seiner Koordinierung im Staatsapparat sowieso nötig wird.

Wenn eine Reorganisation des politischen Aussendienstes nach den oben dargelegten Grundsätzen durchgeführt würde, dürfte sich auch die Berücksichtigung einer alten und heute besonders imperativen Forderung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ergeben: die Heranziehung der Gewerkschaften zu den Handelsvertragsverhandlungen als Vertreter eines Kreises von Staatsbürgern, deren Los mehr als je von solchen Verhandlungen und Instanzen bestimmt wird.

Nur auf diesem Wege werden die Vorwürfe in bezug auf die Nichtberücksichtigung der Arbeiterschaft entkräftet und nur so wird ihren Vertretern Gelegenheit gegeben, ihren Teil zum gemeinsamen Wohl innerhalb einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung beizutragen.

*

Die vorangehende Darstellung und die damit verbundenen grundsätzlichen Erwägungen zeigen deutlich, dass sich auf dem Gebiet der Zusammensetzung und Wirksamkeit des politischen und wirtschaftlichen Aussendienstes in den wichtigsten Ländern der Welt eine völlig neue Entwicklung anbahnt. Wenn die Schweiz diese Entwicklung in Berücksichtigung ziehen und die sich daraus ergebenden Vorkehrungen treffen will, so erfordert dies ohne Zweifel eine organisatorische und personelle Reform des Politischen Departementes.

Es gibt in dieser Beziehung verschiedene Möglichkeiten, deren Feststellung der Zweck dieser Denkschrift und des am Schluss gemachten Vorschlages der Einsetzung einer speziellen Kommission ist. Ausgangspunkt könnten dabei allgemein gültige Richtlinien sein, die im Hinblick auf das Verfahren und die Erfahrungen in andern Ländern insbesondere auch die Möglichkeit der Heranziehung von Persönlichkeiten zum politischen und wirtschaftlichen Aussendienst offen lassen müssten, die ausserhalb dieses Dienstes kraft ihrer besondern fachlichen Fähigkeiten rekrutiert werden können.

Es wäre u. a. auch zu prüfen, ob nicht zur Lösung dieser Personal- und organisatorischen Fragen im Politischen Departement die Schaffung eines besondern Personal- und Organisationsdienstes an die Hand genommen werden müsste, ferner ob es nicht zweckmässig wäre, die Reorganisation des Politischen Departementes nach zwei Richtungen hin zu verfolgen, d. h. nach Sachgebieten (Rechtsabteilung sowie Abteilungen für wirtschaftliche, finanzielle,

soziale, kulturelle und politische Fragen) und nach geopolitischen Gesichtspunkten (Sektionen für die verschiedenen Weltteile). Endlich müsste untersucht werden, wer solchen Sektionen vorzustehen hätte (z. B. Legationsräte) und wie die Verbindung zwischen den beiden Sachgebieten durch eine oberste Leitung hergestellt werden könnte (z. B. Ernennung von Leitern für die beiden Sachgebiete, die ihrerseits wieder dem Leiter des Politischen Departementes unterstellt werden könnten).

Wir machen diese Vorschläge unverbindlich. Sie sollen als Diskussionsgrundlage dienen. Wir schlagen deshalb vor, eine Kommission einzusetzen, die zuhanden des Bundesrates einen Bericht über die Reform des Politischen Departementes auszuarbeiten hätte. Wir sind bereit, Vertreter in eine solche Kommission abzuordnen.

Wir bitten Sie um baldige Stellungnahme, da die aussenpolitische Krise, in der sich die Schweiz seit einiger Zeit befindet, durch den Personenwechsel im Politischen Departement nicht behoben worden ist.

Das kommende Arbeitsrecht im Handel und in den Gewerben.

Von Arnold Gysin, Luzern.

I.

Vorgeschichte.

Ueber den Schutz der Arbeit im Handel und in den Gewerben sind 1933 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund Richtlinien und Postulate publiziert worden*. Die Richtlinien, die in Verbindung standen mit Vorarbeiten und gemeinsamen Besprechungen des Schweiz. Gewerkschaftsbundes einerseits und der Angestelltenverbände anderseits, sahen eine Bundesgesetzgebung auf der Grundlage der revidierten Wirtschaftsartikel, somit mit erweitertem Geltungsbereich vor. Ferner postulierte man weitgehende Vorbehalte zugunsten fortschrittlicher kantonaler Arbeitsgesetze, einen ausgedehnten Lohn- und Kündigungsschutz, einen Minimalanspruch von Jahresferien für alle Arbeitnehmer, die 48-Stunden-Woche als Grundlage mit beruflich abgestuften höheren Ansätzen. Als Krisenmassnahme wurde schon damals die Möglichkeit der allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit durch Verordnung verlangt. Für die Heimarbeiter wurde eine gesetzliche Ordnung gefordert, die in der Folge durch das Bundesgesetz über die Heimarbeit vom 12. Dezember 1940 separat verwirklicht worden ist.

---

* Gysin, Richtlinien und Postulate zum Schutz der Arbeit in den Gewerben, « Gewerkschaftliche Schriften », Heft Nr. 7, 1933.